

Blum, Ulrich

Article
Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2008) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 14, Iss. 3, pp. 98-98

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143619>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

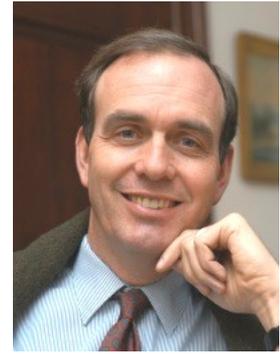
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Das vor 160 Jahren verfaßte „Kommunistische Manifest“, das die zunehmende Unterwerfung aller Bereiche des täglichen Lebens unter den Markt beschreibt, gleicht heute einer Prophezeiung. Angesichts der Dynamik der Globalisierung ist das politische System scheinbar unfähig, ordnungsökonomische Antworten auf die neuen Herausforderungen, auch die Grenzen des Markts zu finden. Das liberale Marktsystem lebt, analog zur Aussage des ehemaligen Verfassungsrichters Böckenförde, von Voraussetzungen, die es nicht selbst bereitstellen kann. Die Soziale Marktwirtschaft war ein Geschenk, Menschen geschuldet, die auf die vorangegangene Katastrophe eine Antwort in einer wertgebundenen Ordnung fanden und den Markt als Kulturleistung sahen. Das Soziale lag in der preissenkenden Kraft des Wettbewerbs und in der Kompensation von Risiken, damit Kreativität gewagt werden kann. Neben ordnenden Funktionen definierte sich die Staatsnotwendigkeit auch aus der Daseinsvorsorge. Die Stabilität kleiner Gruppen, vor allem Familie und Ehe, schuf durch ihren subsidiären sozialpolitischen Ansatz Freiräume und Verantwortung.

Dieser sozial- und ordnungsökonomische Gesellschaftsvertrag, mehr als ein „rheinisch-kapitalistischer“ Kompromiß, wurde letztlich durch emanzipatorische Bewegungen und die Globalisierung ausgehebelt, womit die Gesellschaft bei der Vision von Marx und Engels ankam. Die ungeheuren Kreativitäts- und Produktivitätsleistungen dieses Prozesses nutzen heute viele und vielen, aber eben nicht allen und uneingeschränkt. Die Verlierer kann der Staat kaum auffangen, und die Empathie für diese Menschen nimmt ab. Denn der Wettbewerbsdruck, der inzwischen jenseits der klassischen Wirtschaft auf dem Bildungs- und Kultursystem, der Kindererziehung und der Altenversorgung lastet, ist allein ohne Ziel nicht sinnstiftend. Die demographische Implosion anzuführen, für die die heutigen Entscheidungsträger verantwortlich sind, ist dem sozialen Kitt nicht zuträglich. Ein simples Motto, „alle in die Produktion“, erzeugt mehr Probleme, als es diese langfristig löst.

Ein neuer, unter Globalisierungsbedingungen zukunftsweisender Ordnungsrahmen muß heute durch Versuch und Irrtum erarbeitet werden, wofür ein kreativer kultureller Rahmen Vorbedingung ist. Zu klären ist, welche Bedeutung heute das demokratische Prinzip „one person one vote“ besitzen soll, wenn es zunehmend in Konflikt zu ökonomischen Regeln gerät. Wenn diese aber so festgelegt werden, daß ihr Aushebeln zum Volkssport wird, dann wird letztlich der Souverän entmündigt, wie die Affairen um Landesbanken, Steuerflucht, Schwarzarbeit oder Hartz IV-Mißbrauch zeigen. Das gute Beispiel und vor allem die Stabilität der Wirtschaft leben von der Selbstverstärkung. Auch die Politik schafft die zugehörigen Regeln.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*